

ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



Inhalt

No. 4/2007

V.l.n.r.: Georg Gruber (ehem. GF Fair Trade), Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Gisela Wurm, Christine Muttonen, Reinhard Eugen Bösch, Sonja Ablinger, Ulrike Lunacek, Franz Glaser, Heidrun Silhavy, Inge Jäger

- 1 Fairtrade Verkaufsausstellung im Parlament
- 4 Die Erreichbarkeit der UN-Millennium-Entwicklungsziele
- 5 Geeignete Instrumente zur Umsetzung von Politikkohärenz in Österreich?
- 7 Das mosambikanische Parlament und seine Kontrollfunktion

Fairtrade Verkaufsausstellung im Parlament

Bericht über die Veranstaltung im Parlament am 30. April 2007

Ralf Leonhard, freier Journalist

Im Rahmen des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ wurden die Zertifizierungsagentur Fairtrade, die Weltläden, das Teehaus Demmer und die Firma Tchibo beauftragt, ein Verkostungs- und Verkaufsbuffet mit fairen Produkten aufzubauen. Nicht nur fair gehandelter und produzierter Hochlandkaffee aus Brasilien und Bio-Grüntee aus Südindien – im Samovar serviert – gab es da im Angebot, auch Schokolade, Honig, ja sogar

Schmuck und Ledertaschen aus fairer Produktion und Bücher lagen auf den Tischen und wurden gekauft. Die Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eröffnete vor dem Beginn der Plenarsitzung mit einem „Fairen Frühstück“ die Verkaufsausstellung. Dieser Einladung sind viele Abgeordnete aller Parlamentsparteien und auch einige Regierungsmitglieder gefolgt.

Entwicklungszusammenarbeit ist für viele Menschen etwas Abstraktes, mit dem eher klischeehafte Vorstellungen verbunden werden. Konkrete Gestalt nimmt der Kontakt mit den Ländern des Südens an, wenn wir beim täglichen Einkauf auf Produktionsbedingungen in Afrika, Asien oder Lateinamerika hingewiesen wer-

Editorial



Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

am 24. April 2007 feierte AWEPA (*European Parliamentarians for Africa*) gemeinsam mit über 300 internationalen Gästen ihr 15-jähriges Engagement in Mosambik in Maputo.

Seit den frühen 90er Jahren war AWEPA aktiv am Friedens- und Versöhnungsprozess zwischen den beiden ehemaligen Bürgerkriegsparteien FRELIMO und RENAMO beteiligt und hat Mosambik in der demokratischen Aufbauphase unterstützt. Die einstigen Kriegsgegner tragen ihre politische Auseinandersetzungen heute vorwiegend im Rahmen der dafür vorgesehenen demokratischen Institutionen aus. AWEPA fördert und unterstützt die Arbeit der nationalen und regionalen Parlamente, um gemeinsam die großen Herausforderungen, wie Armutsbekämpfung und HIV/Aids, Frieden und Sicherheit zu bewältigen.

Durch das Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ soll eine Partnerschaft zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament aufgebaut werden. Daher überreichte ich gemeinsam mit AWEPA Präsident Jan Scholten dem mosambikanischen Parlamentspräsidenten Eduardo Joaquim Mulémbwè eine Einladung von Präsidentin Barbara Prammer zu einer Partnerschaft, welche mit Freude angenommen wurde.

Durch die Arbeit von AWEPA wurde aufgezeigt, dass eine Partnerschaft von der intensiven Auseinandersetzung miteinander lebt. Ich bitte Sie daher, unterstützen Sie die Arbeit von AWEPA durch ihre Mitgliedschaft und unser Partnerschaftsprojekt durch ihre aktive Mitarbeit.

Ihre

NR a. D. Inge Jäger

den. Der faire Handel ist längst aus der Nische, in der er entstanden ist, herausgewachsen. Der Umsatz von Fairtrade zertifizierten Produkten stieg 2006 auf 63% (42 Millionen €). Gerecht gehandelte Produkte bekommt man nicht mehr ausschließlich in Alternativläden und auf Pfarrbasaren, sondern in fast allen Supermärkten. Wenn man den Angaben der Abgeordneten trauen darf, dann haben fairer Hochlandkaffee, Bananen und Compañera-Schokolade auch in die meisten Politikerhaushalte bereits Einzug gehalten.

Das Fairtrade-Buffer in der Säulenhalle des Parlaments fand jedenfalls heftigen Zuspruch obwohl – oder weil – nebenan im Plenum gerade die Budgetdebatte die volle Konzentration der VolksvertreterInnen erforderte.

„Konsum und Vernunft dürfen ja kein Widerspruch sein“

Finanzminister Wilhelm Molterer begründet seine Entscheidung für faire Produkte so: „Konsum und Vernunft dürfen ja kein Widerspruch sein. Was fehlt, ist oft die Information. Der Fingerabdruck des Produkts ist ja dem Konsumenten ganz selten bekannt“. Er konnte zwar nicht beantworten, ob im Finanzministerium faire Konsumartikel bevorzugt gekauft würden, versprach aber, sich darum zu kümmern.

Molterer sprach sich auch für mehr Engagement Österreichs zugunsten einer gerechteren Wirtschaftsordnung auf globaler Ebene aus: „Die oft belächelte Tobin Tax, das unterstützen wir auch in der Union ganz massiv“.

Eine aktivere Rolle Österreichs in den

internationalen Foren wünscht sich auch der stellvertretende ÖVP-Klubchef Günter Stummvoll: „Das ist auch eine Kritik von mir sowohl an der Welt handelsorganisation (WTO) als auch an der EU, die viel zu schwach auftritt bei den WTO-Verhandlungen, weil Europa mit Produkten überschwemmt wird, wo nur der Preis eine Rolle spielt. Der Konsument will den billigsten Preis haben ohne Rücksicht auf die Art der Erzeugung“. Die arbeitsrechtlichen, sozialrechtlichen und ökologischen Produktionsbedingungen müssten endlich auch in der WTO eine Rolle spielen: „Das sage ich als Anhänger der EU“.

Fair gehandelte Produkte sollen sich nicht nur in den privaten Haushalten der Politikerinnen und Politiker Eingang finden, sondern auch in den Parteilokalen, in den Ministerien und im Parlament. Das ist die fast einhellige Meinung der Befragten. Stummvoll schlägt vor, dem Pächter der Parlaments-Cafeteria entsprechende Auflagen zu machen. Der nächste Schritt wäre die Präferenz für Fairtrade-Artikel im öffentlichen Beschaffungswesen. Damit rennt er, zumindest bei SPÖ und Grünen, offene Türen ein.

Petra Bayr, die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ, setzt sich schon lange dafür ein, dass die staatlichen Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen. Das Argument, die höheren Kosten von biologischen und fairen Produkten könnten die Budgets überbelasten, hält sie für nicht stichhaltig: „Ich glaube, dass es in vielen Fragen sehr geringe Mehrkosten sind und es sinnvoll ist, in langfristige und nachhaltige Projekte zu investieren“. Investitionen in menschliche Gesundheit seien ebenso nachhal-



tig wie jene in gerechteren Welthandel. Dass Politiker zu Lasten der Nachhaltigkeit gewöhnlich nur in Wahlperioden denken, dürfe dem Anspruch nicht im Wege stehen. Ihr Vorschlag: „Ein neues Bundesbeschaffungsgesetz muss die Vierjahresperiode überwinden. Es ist notwendig, über die nächsten Wahlen hinauszudenken“.

Die Grünen wollen den oft recht allgemein gehaltenen Bekenntnissen der RegierungspolitikerInnen nicht so recht glauben und haben eine parlamentarische Anfrage an alle Ministerien gerichtet, wie sie es mit dem Einkauf für ihre Veranstaltungen und Institutionen halten.

„In allen Schulen und im Bildungssektor sollte das zum Standard gehören“

„In allen Schulen und im Bildungssektor sollte das zum Standard gehören“, meint Agrarsprecher Wolfgang Pirkhuber. Landwirtschaftsminister Josef Pröll kann zumindest aus seinem Ressort berichten, „dass Fairtrade-Produkte angeboten werden, wenn wir Gäste haben oder selbst Kaffee genießen“. Pirkhuber würde sich aber über die Kaffeeküche und allfällige Buffets hinaus mehr Initiative des Landwirtschaftsministeriums wünschen: „Ich bin ein bisschen enttäuscht über den Landwirtschaftssektor, da könnte man viel tun, etwa verstärkte Kooperationen mit Initiativen wie FIAN, der Organisation für das Menschenrecht auf Nahrung, und der weltumspannenden Kleinbauernbewegung La Via Campesina“. Eine Verbindung mit Forschung und Entwicklung, das wäre für ihn „das Gebot der Stunde für ein kleines Land mit klein-

bäuerlicher Tradition“ wie Österreich.

Finanzstaatssekretär Christoph Matznetter, SPÖ, sieht in der österreichischen Politik insgesamt mehr Bedarf an Transparenz und Rücksicht auf den sozialen und ökologischen Impact von Entscheidungen. Er hält es für kurzfristig, wenn bei Vorhaben im Ausland soziale oder menschenrechtliche Bedingungen ignoriert würden. Langfristig schade man damit auch der eigenen Wirtschaft: „Wir können Standards nicht unterlaufen, sondern müssen das zu einer Marke machen, um österreichische Unternehmen auf dem Weltmarkt zu platzieren“.

Sonja Ablinger von der SPÖ hält es für besonders wichtig, dass schon in der Schule Bewusstsein für diese Probleme geschaffen werde: „Mein Sohn hat einmal in der Schule ein Projekt gemacht und sich angeschaut, dass das Preisargument gar nicht mehr zählen kann, vor allem bei Bananen“. Das habe auch eine Rolle gespielt, wie jetzt privat eingekauft wird. „Verbraucherbildung“, so die Abgeordnete, „sollte in der Schule verankert werden“.

Die Freiheitlichen und das BZÖ haben sich zwar bisher kaum durch entwicklungspolitische Initiativen hervorgetan, doch wollen sich die Abgeordneten von FPÖ und BZÖ den Anstößen des Fairtrade Buffets nicht verschließen. Sigisbert Dolinschek vom BZÖ sieht den fairen Handel im eigenen Haushalt noch als Wachstumsbranche: „Es ist so, dass wir beim Einkaufen verstärkt darauf schauen“. Er kann sich vorstellen, dass für Produkte, die unter Einsatz von Kinderarbeit oder ökologisch bedenklichen Methoden gewonnen werden, von der EU

eine Art Strafzoll eingeführt wird.

Für Martin Graf von der FPÖ ist die Auseinandersetzung mit dem fairen Handel überhaupt neu: „Meine Frau macht den Handeinkauf“. Er findet das Ziel aber sympathisch: „Mir gefällt die Initiative, sie kann und wird ein Teil der Kampagne sein, den Globalisierungsauswirkungen entgegenzuwirken“. Dolinschek verspricht sich außerdem, dass der Migrationsdruck abnimmt, wenn die ProduzentInnen in ärmeren Ländern gerecht entlohnt werden.

Einzig die grüne Behindertensprecherin Theresia Haidlmayr fand Grund zur Klage. Sie würde gerne fair einkaufen, sieht sich aber aus dem Weltladen nahe ihrer Wohnung ausgeschlossen. Bei einem Umbau im Vorjahr wurde dort die Stufe von 5 auf 15 cm erhöht. Für RollstuhlfahrerInnen ist das eine unüberwindliche Barriere. „Der Fairtrade-Gedanke ist richtig und wichtig, weil Handelsspannen zu denen kommen, die sie brauchen. Aber es ist negativ, dass sie nur eine gewisse Gruppe von Leuten in ihre Geschäfte reinlassen“.

Dass fairer Handel nicht allein ein Anliegen der Entwicklungsländer ist, weiß ÖVP-Entwicklungssprecher Franz Glaser, der sich im Südburgenland für die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe einsetzt. Das reicht von der Lebensmittelnahversorgung bis zur dezentralen Energieerzeugung. So fordert er auch die Kohärenz ein, die in der Politik oft fehlt. Man könne nicht für fairen Handel sein und gleichzeitig durch Biospritprojekte dazu beitragen, dass in Brasilien oder Malaysia der Urwald gerodet oder Ölsaaten statt landwirtschaftliche Produkte angebaut werden.



Die Erreichbarkeit der UN-Millennium-Entwicklungsziele

„Die Millenniumentwicklungsziele werden nicht bei den Vereinten Nationen erreicht. Sie müssen in jedem einzelnen Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen durch die gemeinsamen Anstrengungen der Regierungen und Menschen verwirklicht werden.“ Kofi Annan, UN-Generalsekretär a. D.

Im September 2000 haben sich alle Mitgliedstaaten der UNO auf acht Entwicklungsziele (MDGs, *Millennium Development Goals*) geeinigt. Reiche und arme Länder verpflichteten sich, alles daran zu setzen, um bis 2015 die Armut zu halbieren, die menschliche Würde und Gleichberechtigung zu fördern und Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Mit den MDGs gibt es somit erstmals einen globalen Bezugsrahmen für internationale Entwicklungszusammenarbeit basierend auf der Grundlage der Anerkennung struktureller Ursachen von Armut.

UN-Millennium Entwicklungsziele

1. Beseitigung extremer Armut und des Hungers
2. Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung
3. Gleichstellung der Geschlechter und Empowerment der Frauen
4. Senkung der Kindersterblichkeit
5. Verbesserung der Gesundheit von Müttern

6. Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten
7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
8. Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft

Der durch die MDGs festgelegte Rahmen weist dabei den Ländern in Norden und Süden eine klare Arbeitsteilung zu. Die Ziele 1 bis 7 sind vor allem Richtgrößen für **Armutsbekämpfungsstrategien und Planungen in den Entwicklungsländern**. Im Ziel 8 der MDGs, wird jedoch festgehalten, dass die Reduzierung von Armut und Hunger weltweit nur durch eine starke **Globale Partnerschaft für Entwicklung** stattfinden kann. Damit die ärmeren Länder ihre Ziele erfüllen können, benötigen sie dringend die Unterstützung der Länder im Norden.

Am 7. Juli 2007 steht die Halbzeitbewertung der MDGs an. Die bisherigen Berichte zeigen, dass Fortschritte teilweise

nur sehr langsam und ungleichmäßig im Bezug auf die Regionen stattgefunden haben. Laut *Global Monitoring Report 2006* von Weltbank und IWF konnten beispielsweise nur 34 von 143 Entwicklungsländern das Ziel der Halbierung der untergewichtigen Kinder erreichen. Besonders in Sub-Sahara Afrika und vor allem hinsichtlich der Bekämpfung von HIV/AIDS, des Zugangs zu sauberem Trinkwasser und der Grundschulausbildung gibt es große Rückstände.

Ein wichtiger Faktor zur Erreichung der MDGs ist natürlich eine Erhöhung der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, besonders jene für das südliche Afrika. Internationale entwicklungspolitische ExpertInnen sind sich darüber einig, dass das ODA-Niveau (*Official Development Aid*) für Afrika südlich der Sahara völlig unzureichend ist. Im Hinblick auf die Erreichung der MDGs wird mehrheitlich eine massive Erhöhung für notwendig erachtet. 2005 beschlossen die Mitgliedsstaaten der EU bis 2015

Frauen am Dorfbrunnen in Benin



ihr Jahrzehnte altes Versprechen, 0,7% ihres BNE als Mittel für die öffentliche Entwicklungsarbeit zur Verfügung zu stellen, einzuhalten. An der Umsetzung dieses Beschlusses scheitert es allerdings in den meisten Ländern nach wie vor. Es ist jedoch unumstritten, dass mit Entwicklungshilfe allein die Millenniumsziele nicht erreicht werden können. Entwicklungspolitische Zusammenarbeit kann nur bei guten demokratiepolitischen Rahmenbedingungen in den Partnerländern sowie durch gerechte Handelsbeziehungen nachhaltige positive Wirkung zeigen. Die große Herausforderung für die Länder im Süden wird es daher sein, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auszubauen. Für die Partner im Norden sind Fragen der Kohärenz, das Erkennen der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen im Süden und legislativen Maßnahmen im Norden eine Hauptaufgabe.

Die Vereinten Nationen sehen im MDG-Ziel 8 besonders die Parlamente sowohl im Norden als auch im Süden in ihrer gesetzgebenden Funktion und in ihrer Verantwortung für die Budgetkontrolle gefordert, die Umsetzung voranzutreiben. Auch Eveline Herfkens, die Leiterin der UN-Kampagne *No excuse 2015*, erkennt in den Parlamenten und in den Abgeordneten wichtige AnsprechpartnerInnen.

Österreichs Abgeordnete sind in Zukunft mehr als bisher gefordert, die Regierung in Bezug auf die Umsetzung der MDGs zu überprüfen und Politikkohärenz im Rahmen der Gesetzgebung entsprechend umzusetzen. Die Entwicklungspolitik Österreichs wurde im Rahmen der Kampagne *No Excuse 2015* im Bericht vom April 2007 evaluiert. Der Bericht verweist darauf, dass in Österreich noch viel zu wenig über die Bedeutung von Politikkohärenz disku-

tiert wird. Kritik wird zudem vor allem an den noch immer nicht erreichten 0,7% der ODA (*Official Development Aid*) sowie an dem fehlenden Stufenplan zur Erreichung dieses Ziels geübt. Negativ angemerkt wurde auch die starke Vernetzung der Entwicklungshilfe mit der Wirtschaftsförderung heimischer Betriebe. Auch im Bereich der Entschuldung wird Österreich aufgefordert zusätzliche bilaterale und auch multilaterale Entschuldungsmaßnahmen außerhalb der *Highly Indebted Poor Countries Initiative* einzuleiten.

Empfohlene Literatur:
Nuscheler, Franz, Roth, Michèle (Hg.): Die Millennium-Entwicklungsziele – Entwicklungspolitische Königsweg oder ein Irrweg?
Stiftung Entwicklung und Frieden 2006, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn.

Geeignete Instrumente zur Umsetzung von Politikkohärenz in Österreich?

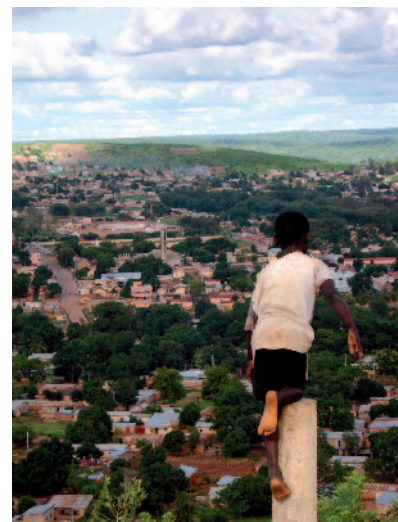
Angesichts des im Oktober 2007 erscheinenden EU-Fortschrittsberichtes zum Thema Kohärenzbemühungen der einzelnen Mitgliedsstaaten scheint vor allem die Frage nach geeigneten Umsetzungsmechanismen zentral zu sein.

Die EU-Mitgliedstaaten, die sich zur Überprüfung von Kohärenz verpflichten, wenden unterschiedliche Modelle zur Um- und Durchsetzung von Politikkohärenz an. In Schweden beispielsweise sind die einzelnen Ministerien dazu verpflichtet, dem Parlament jährliche Berichte zu ihren Kohärenzbemühungen vorzulegen, wodurch ein Sensibilisierungsprozess statt findet. In den Niederlanden verfolgt man den Ansatz der Kontrolle und des Monitoring. Eine eigene Kohärenzabteilung überprüft alle relevanten Gesetze auf Kohärenz hin.

Deutschland hat auf dem Gebiet der Kohärenz bereits ein elaborierteres Umsetzungsmodell implementiert. Erwähnenswert ist, dass Politikkohärenz in unserem Nachbarland bereits in der Verfassung Eingang findet. Aufgrund dessen wird die Einhaltung der dort fest geschriebenen Bestimmungen vom Kanzleramt verfolgt. Durch die Einrichtung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist aktives Engagement in den höchsten Regierungsebenen möglich. Dem BMZ obliegt es, sämt-

liche Gesetzesentwürfe der Regierung auf entwicklungspolitische Kohärenz hin zu überprüfen. 2001 wurde mit der Annahme des Aktionsprogramms 2015 die Einhaltung eines kohärenten, ressortübergreifenden Konzeptes der Entwicklungspolitik erneut bestätigt. Allerdings erhielt das Aktionsprogramm erst 2004 eine feste Struktur, als das BMZ eine Kohärenzagenda mit 14 prioritären Zielen vorlegte, die auch die Zuständigkeiten auf Referatsebene sowie einen ungefähren Zeitrahmen definierte. Weiters ist das BMZ Mitglied im Interministe-

Inwieweit sind sich PolitikerInnen über die Auswirkungen österreichischer/europäischer Handelspolitik auf die Entwicklung in Sub-Sahara Afrika bewusst?



riellen Ausschuss für Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften, wo es die Berücksichtigung ökologischer, sozialer und entwicklungspolitischer Aspekte bei der Vergabe von staatlichen Exportkreditversicherungen überprüft.

Obwohl die Überwachung von Kohärenz in einem Ministerium und dort in einer Abteilung verankert sein sollte, ist es einerseits angesichts der Komplexität und Multidimensionalität des Themas und andererseits aufgrund der unterschiedlichen Interessen der einzelnen Politikfelder von großer Bedeutung, dass eine **interministerielle sowie eine sektorübergreifende Abstimmung** statt findet, die entsprechend koordiniert und terminisiert werden sollte. Des weiteren spielt die **Anzahl und die Qualifikation des Personals**, das mit den Koordinations- und Monitoringaufgaben betraut wird, eine Schlüsselrolle.

In Österreich wurden zwar Initiativen gesetzt, jedoch wurde noch kein geeignetes Instrumentarium entwickelt, um die Umsetzung von Kohärenz sicher zu stellen. Die Überprüfung der Kohärenzbemühungen obliegt in Österreich der Sektion VII im BmeiA. Der Bericht der *UN-Millennium Campaign* von Eveline Herfkens (April 2007) weist jedoch darauf hin, dass es in Österreich für die Überprüfung von Kohärenz an Personal und an analytischer Kompetenz fehlt. Kritisiert wird auch, dass dem Parlament nicht Rechenschaft abgelegt werden muss. Im Zuge des EU-Fortschritt-

berichtes wurden jedoch vom BmeiA Berichte von den einzelnen Ministerien eingefordert.

Im Hinblick auf die Entwicklung eines geeigneten Instrumentariums würde sich ausgehend von den *Lessons Learned* der anderen EU-Mitgliedsstaaten und unter Berücksichtigung des österreichischen Verwaltungssystems eine wissenschaftlichen Analyse mit dem Ziel der Erarbeitung eines geeigneten Umsetzungsmodells als zielführend erweisen. Darüber hinaus sollte auf EU-Ebene ein ExpertInnen-Austausch statt finden und das bereits auf Freiwilligkeit basierende EU-Netzwerk zum Thema Kohärenz ausgebaut, intensiver genutzt und professionalisiert werden.

Österreichische und internationale ExpertInnen sowie VertreterInnen des Parlaments werden die Frage eines geeigneten Instrumentariums für Österreich bei einer für November dieses Jahres geplanten Veranstaltung zum Thema Kohärenz näher diskutieren. Diese Veranstaltung wird im Rahmen des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ in Kooperation mit dem BmeiA organisiert.

Zu kohärentem Vorgehen gehört jedoch nicht nur ein Verfahrensmodell, sondern auch **Information über die Höhe und die Kontrolle offizieller Entwicklungshilfegelder inklusive der Budgethilfe.**

Angesichts der Erhöhung der Entwicklungshilfegelder auf 0,7% bis 2015 er-

scheint die Einführung von Kontrollmechanismen für die Parlamente im Süden, um die Ausgaben der Entwicklungshilfe- und Budgethilfegelder der Regierungen überprüfen zu können – auch unter der Berücksichtigung der Korruptionsproblematik – umso dringender.

Auch wenn vollkommene Politikkohärenz aufgrund unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Interessen und der Multidimensionalität der Thematik als kaum realisierbar erscheint, sollten ausgehend von der global anerkannten Verpflichtung zur Erreichung der MDGs und anderer Politikprogramme wie der EU-Afrika Strategie Inkohärenzen aufgezeigt, präventiv vermieden und Instrumente zur Überprüfung und Umsetzung weiter entwickelt werden.



Unsere Literaturempfehlung:
Ashoff, Guido (2005): Der entwicklungspolitische Kohärenzanspruch: Begründung, Anerkennung und Wege zu seiner Umsetzung, DIE Studies Nr. 6, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Das mosambikanische Parlament und seine Kontrollfunktion

Seit dem Ende des Bürgerkrieges und der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahr 1992 fanden parallel zu den Präsidentschaftswahlen drei Parlamentswahlen statt.

Zuletzt schritt man in Mosambik im Dezember 2004 zu den Urnen. Gewählt wird in den 11 Provinzen Mosambiks und in zwei Wahlsprengeln außerhalb des Landes. Bei der Wahl selbst gilt das Verhältniswahlrecht.

Bedauerlicherweise mussten bei den Parlamentswahlen von 2004 neben Manipulationen der Wahllisten, regelwidriger Gebrauch staatlicher Mittel für den Wahlkampf und Einschüchterungen von WählerInnen fest gestellt werden.

Die Nationalversammlung von Mosambik besteht aus einer Kammer mit 250 Abgeordneten und tritt zweimal im Jahr für eine Sitzungsperiode von 90 Tagen (Februar–April und Oktober–Dezember) zusammen.

Bei Abstimmungen im Parlament gilt bei einfachen Gesetzen die einfache Mehrheit. Für die Verabschiedung von Verfassungsgesetzen ist hingegen eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Der Staatsaufbau Mosambiks entspricht dem einer Präsidentialrepublik. Einem starken Präsidenten – er ist gleichzeitig Staats- und Regierungschef, ernennt den Ministerpräsidenten und die Gouverneure der 11 Provinzen, sitzt dem Ministerrat vor und ist Oberbefehlshaber des Militärs – steht ein relativ schwaches Parlament gegenüber.

Das Handeln des Parlamentes wird sehr stark von der Einheit von Regierung und Staatspräsident mit der Parlamentsmehrheit und der „Vorherrschaft“ der Regierungspartei (FRELIMO) bestimmt.

Weiters ergibt sich durch die stark ausgeprägte Fraktionsdisziplin das Bild einer großen Machfülle der Exekutivorgane (Staatspräsident und Regierung) zu ungunsten des Parlaments.

Grundsätzlich können drei Ursachen für die relativ schwache Stellung des Parlamentes identifiziert werden:

1. Die Form des Parteiensystems:

In Mosambik gibt es offiziell ein Mehrparteiensystem mit deutlicher Dominanz der zwei Großparteien. Die sozialistische FRELIMO als Regierungspartei und die rechtskonservative RENAMO als Oppositionspartei stehen einander in Parlament und WählerInnenenschaft scheinbar unversöhnlich gegenüber. Der Grad innergesellschaftlicher Polarisierung zwischen diesen Gruppen ist dementsprechend hoch.

2. Fraktionsdisziplin:

Aufgrund dieser starken Polarisierung im Parteiensystem ist – wie bereits erwähnt – die Fraktionsdisziplin bei Abstimmungen im Parlament sehr stark ausgeprägt.

Zwar wurden einige wenige Gesetzesinitiativen gemeinsam verabschiedet, jedoch konnten sich bisher keine überparteilichen Netzwerke herausbilden.



Abb. rechts außen:
Inge Jäger überreicht Eduardo Joaquim Mulémbwè, Präsident des mosambikanischen Parlamentes, den Brief von Präsidentin Barbara Prammer

Abb. rechts:
Eduardo Joaquim Mulémbwè, Präsident des mosambikanischen Parlamentes

3. **Dominanz der parlamentarischen Arbeit durch ausschließlich eine Partei:** An der Dominanz der FRELIMO im Parlament von Mosambik hat sich seit Ende des Bürgerkriegs nicht viel geändert. Die komfortable Mehrheit der FRELIMO von 160 der 250 Abgeordneten im Parlament von Mosambik untergräbt durch den praktizierten Klubzwang bei Abstimmungen die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das mosambikanische Parlament in seiner Funktion als Kontrollorgan der Regierung noch wesentlich gestärkt werden sollte.

Dieser Aufgabe hat sich AWEPA (*Association of European Parliamentarians for Africa*) verpflichtet. Wie bereits im Vorwort erwähnt, feierte AWEPA heuer sein 15-jähriges Engagement in Mosambik. AWEPA initiierte nach den Wahlen im Dezember 1999 durch den Anstoß des Parlamentspräsidenten ein

Programm zur Parlamentsförderung. AWEPA's *Mozambique Multi-Annual Programme* umfasst drei Subprogramme: *Parliamentary Programme*, *Local Government Programme* und *Political Parties Programme*.

Darüber hinaus versucht AWEPA durch thematische Programme wie HIV/AIDS, Armutsreduzierung, Förderung des Privatsektors u. a. ParlamentarierInnen über entwicklungspolitische Themen zu informieren und für die Umsetzung dieser Anliegen zu mobilisieren.

Durch das mehrjährige *Capacity Building Programme* verfolgt AWEPA das Ziel, Mitglieder des Parlaments – v. a. neue und weibliche Abgeordnete – im Hinblick auf ihre Rolle, Verantwortung und Rechte als Abgeordnete gezielt zu schulen und ihnen Fachkenntnisse anzueignen. Das Weiterbildungsangebot umfasst die Themen Führungsqualität, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, Demokratisierungsprozesse, Wahlsysteme, Menschenrechte, Gender u.v.m.

Anlässlich des AWEPA Jubiläums reiste

Frau NR a. D. Inge Jäger Ende April nach Mosambik und überreichte dem Präsidenten des mosambikanischen Parlamentes einen Brief von Präsidentin Barbara Prammer, der ein Angebot für eine Partnerschaft mit dem österreichischen Parlament enthält. Dieses Schreiben beinhaltet – ausgehend von einem ersten Treffen mit dem mosambikanischen Parlamentsdirektor – konkrete Vorschläge für Maßnahmen wie den Aufbau einer Website für das mosambikanische Parlament, Austauschprogramme für parlamentarische MitarbeiterInnen beider Parlamente und die Überbringung von gebrauchten Laptops.

Darüber hinaus ist eine Delegationsreise österreichischer Abgeordneter nach Mosambik im Herbst dieses Jahres geplant. In weiterer Folge sollen mosambikanische Abgeordnete an Veranstaltungen im Rahmen des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ teilnehmen.

Denn nur durch den direkten Dialog kann der Grundstein für eine echte Partnerschaft gelegt werden.

www.nordsued-dialog.org

Besuchen Sie unsere Website!

Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit



Nord-Süd Kooperation – Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich
Tel: +43 (0) 1 89 145-343
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org
Bankverbindung: Erste Bank
Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Nadja Schuster, Jutta Kepplinger, Inge Jäger
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dar. Dieser Newsletter soll in der Projektlaufzeit (Mai 2006 - April 2008) insgesamt acht mal herausgegeben werden.

